

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 48 (1993)
Heft: 6

Artikel: Neue Kleinbauerninitiative : Gewehr bei Fuss
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-892099>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

aber kein Anreiz, die Bewirtschaftung umzustellen. Eine weitere Beitragskategorie, die dem höheren Risiko und der höheren Wertschöpfung dieser Kulturen Rechnung trägt, kann diese Lücke in der Öko-Beitragsverordnung schliessen.

zu 4.: Beitragsberechtigung für Spezialkulturbetriebe: Für Spezialkulturbetriebe ist eine Herabsetzung der Mindestfläche für die

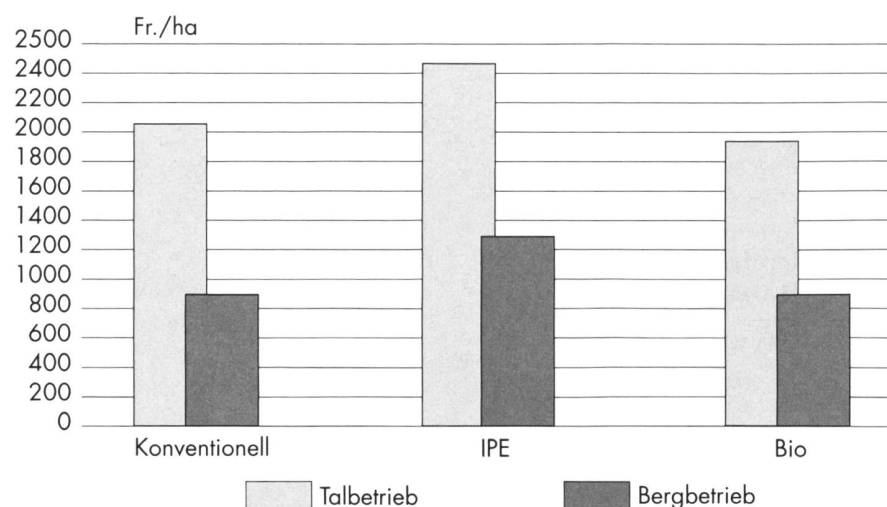
Beitragsberechtigung angezeigt. In Kombination mit Vermarktung kann auch ein sehr kleiner Betrieb die Existenz einer Familie ermöglichen. Es ist sinnvoll, dass auch für solche Kleinbetriebe Anreize zu besonders umweltschonender Bewirtschaftung bestehen. Schätzungsweise fallen höchstens 50 bestehende Bio-Betriebe unter diese Kategorie.

C. Die Beitragsforderungen der Vereinigung Schweizerischer Biologischer Landbauorganisationen (VSBLO) im einzelnen:

Öko-Beiträge nach Art. 31b LWG in Fr.: Forderungen der VSBLO im Vergleich

Ökologischer Ausgleich		VSBLO neu	bisher
Extensiv genutzte Wiesen, Hecken usw.:			
Tal- und Hügelzone	je ha	1 600	800
Bergzonen I und II	he ha	1 200	600
Bergzonen III und IV	je ha	900	450
Hochstamm-Feldobstbäume:	je Baum	30	10
Integrierte Produktion			
Betriebsbeitrag	je Betrieb	1 000	1 000
Offene Ackerfläche	je ha	400	400
übrige landw. Nutzfläche	je ha	100	100
Biologischer Landbau			
Betriebsbeitrag	je Betrieb	1 000	0
Offene Ackerfläche	je ha	1 000	600
Spezialkulturen	je ha	4 000	0
übrige landw. Nutzfläche	je ha	300	150
Kontrollierte Freilandhaltung			
Rindvieh	je GVE	200	60
übrige Rauhfutterverzehrer	je GVE	100	30
Schweine	je GVE	150	70
Geflügel	je GVE	250	100

Gesamt-Deckungsbeitrag pro ha nach Einführung von Art. 31a und b, abzüglich Arbeitskosten



Sowohl für Talbetriebe als auch für Bergbetriebe kommt die Integrierte Produktion am besten weg. Soll der Biolandbau in gleichem Mass gefördert werden, müssen die Beiträge gemäss Art. 31b LWG erhöht werden (FIBL 1993).

Neue Kleinbauerninitiative: Gewehr bei Fuss

sr. Am 30. September trafen sich in Olten Vertreter von VSBLO, VKMB, Konsumenten- und Umweltschutzorganisationen zu einer Meinungsbildung über die neue Kleinbauerninitiative. Darin wird bekanntlich vorgeschlagen, alle Subventionen abzuschaffen, die Preise sich auf dem EG- oder Weltmarktniveau einpendeln zu lassen und den Biolandbau oder gleichwertige Systeme mit 3000 Franken pro Hektare abzugelten. Fazit der Tagung aus Sicht der VSBLO: abwarten.

Nationalrat Ruedi Baumann legte die Gründe dar, die zur Lancierung der Initiative geführt haben: steigende Überschüsse und Umweltbelastung, zunehmender Einkaufstourismus und aufgeblähte Agrarbürokratie. Zudem würden die bestehenden DZ keinen Anreiz für eine Ökologisierung darstellen und Betriebe unter 15,5 ha ohnehin Einbusen gegenüber dem alten System erleiden. Ziele der Initiative seien

- Zahlungen direkt an die Bauern statt an die Konsumenten
- Direktzahlungen einfach und verständlich
- weniger Bürokratie
- Klare Bedingungen; Umwelt und Tiere profitieren
- Die Konsumenten profitieren durch die Aufhebung der Preis- und Absatzgarantien
- Die Überschussverwertung entfällt; davon profitieren die Steuerzahler
- Der Wettbewerb im vor- und nachgelagerten Gewerbe wird erhöht

Baumann geht davon aus, dass sich die Preissituation für die Bauern in den nächsten Jahren rapid verschlechtert und dass die Initiative ein geeignetes Mittel darstellt, die entstehenden Verluste abzufangen, sofern auf eine ökologische Anbauweise umgestellt wird. Kantonsrat und Biobauer Kaspar Günthardt stellte aus persönlicher Betroffenheit gewichtige Argumente dagegen. Die Initiative würde bei einer Annahme die Wertschöpfung durch Arbeit uninteressant machen, indem z.B. für 1 ha extensives Grünland und 1 ha intensiv bebaute Gemüsefläche genau gleichviel Direktzahlungen ausgeschüttet würden. Da gleichzeitig davon auszugehen sei, dass die Preise massiv absinken, könnte jede arbeitsaufwendige Produktion völlig uninteressant werden und der Selbstversorgungsgrad unseres Landes von 65 auf 25% fallen. Auch aus globaler Sicht sei es aber

sinnvoll, das Schweizer Ackerland zu nutzen, da in den Ländern, die uns dann beliefern würden, oft eine völlig unökologische Landwirtschaft vorherrsche (vergl. K+P 4/93).

Nationalrat und Biobauer Andrea Hämmerle relativierte die Forderungen der Initiative, indem er darauf hinwies, dass es mindestens 6-7 Jahre daure, bis sie allenfalls zum Greifen käme und dass sich bis dahin die Gesamtsituation möglicherweise stark verändere. Eine endgültige Beurteilung sei deshalb erst möglich, wenn auch die Randbedingungen, in denen sie einst zur Anwendung käme, bekannt seien.

Insgesamt findet er die Stossrichtung gut und die GATT-Konformität als übererfüllt, hingegen sei sie zu wenig ökologisch ausgerichtet. Zu gegebener Zeit müsste ihr ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden.

Simonetta Sommaruga von der Schweiz. Konsumentenstiftung und Christof Dietler vom Schweiz. Bund für Naturschutz betonten, dass die Bauern- und Konsumenten-Initiative die anvisierten Ziele rascher und besser erreichen lasse und warnten vor einer zu starken Vereinfachung der Problematik.

Weitere Votanten attestierten der Initiative die gute Absicht, äusserten jedoch Bedenken bezüglich Realisierung. Das Fazit der Diskussion lautet deshalb: Abwarten und erst urteilen, wenn die Initiative zur Abstimmung kommt.

Referendum gegen Solidaritätsbeiträge

Der Vorstand der VSBLO hat an seiner Sitzung vom 28. Oktober beschlossen, das von der VKMB lancierte Referendum gegen die von den eidg. Räten beschlossenen Solidaritätsabgaben nicht offiziell zu unterstützen. Mit diesem Entscheid ist er der Meinung der meisten Mitgliedorganisationen gefolgt.

Solidaritätsbeiträge oder «Zwangsabgaben» finden bei den Biobauern nicht mehr Sympathie als bei andern Bauern auch. Insbesondere hegen sie die Befürchtung, mit diesen Geldern würden die grossen Verbände unterstützt und die Anliegen einer ökologischeren Zukunft der Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigt. Auf der andern Seite sind auch die Biobauern Teil der schweizerischen Landwirtschaft und profitieren indirekt von einer guten Imagewerbung für inländische Produkte.

Der Vorstand der VSBLO behält sich vor, gegebenenfalls bei der Abstimmung über das Referendum eine Empfehlung herauszugeben.

Sortenwahl: Schlüssel zum Erfolg im Bio-Obstbau

Andy Häseli, FIBL (Forschungsinstitut für biologischen Landbau)

Der Apfelschorf und die Mehligle Apfelblattlaus stellen die grössten Anbaurisiken im biologischen Obstbau dar. Untersuchungen auf 17 Bio-Obstbetrieben haben gezeigt, dass der Befall stark von der Sorte abhängt. Florina beispielsweise ist nicht nur resistent gegenüber dem Apfelschorf, sondern auch gegen die Mehligle Apfelblattlaus. Im Gegensatz dazu verlangen Golden Delicious oder Rubinette den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Gegen den Apfelschorf werden in der Praxis je nach Betrieb 8 bis 15 Behandlungen mit Netzschwefel, der im Frühjahr mit geringen Mengen von Kupfer ergänzt wird, durchgeführt. Durch die Markteinführung der beiden Tonerde-Präparate Mycosan und Ulmasud haben erste Betriebe in den Jahren 1991 und 1992 mit Erfolg auf den Einsatz von Kupfer verzichtet. Die Anzahl der notwendigen Schorf-Behandlungen richtet sich nach den Niederschlägen und vor allem nach den anfälligsten Sorten, die im Betrieb stehen.

Weniger Behandlungsaufwand mit wenig schorfanfälligen Sorten

Durch den konsequenten Verzicht auf hochanfällige Sorten kann die Behandlungsintensität stark verringert werden. Eine FIBL-Untersuchung auf 17 Bio-Obstbaubetrieben der Schweiz in den letzten vier Jahren hat gezeigt, dass mit den vorhandenen Präparaten und Verfahren der Apfelschorf bei wenig bis mittelanfälligen Sorten (siehe unten) unter Kontrolle gehalten werden kann. Bei den stark anfälligen Sorten wurden dagegen trotz intensiver Behandlungen öfters grosse Ertragseinbussen durch schorfkranke Äpfel

verzeichnet. Leider gehören die neuen geschmacklich beliebten Sorten wie Rubinette, Meran oder Gala zu den stark schorfanfälligen Sorten und können deshalb für den biologischen Obstbau nicht empfohlen werden.

Verzicht auf Fungizidbehandlung bei resistenten Sorten?

Seit rund 10 Jahren sind die ersten schorfresistenten Sorten bei uns im Anbau. Auf



Die Wahl der richtigen Sorte hat im Bio-Obstbau erste Priorität.

Schorfanfälligkeit der Hauptsorten in 17 Bio-Obstbau-Betrieben

(Erhebungen 1989 bis 1992)

Schorfanfälligkeit	Sorten
resistent	Florina, Liberty, Priam
gering	Glockenapfel, Boskoop, Jonathan, Cox Orange, Schweizer Orange
gering bis mittel	Spartan, Sauergraeuch, Berlepsch
mittel	Kidd's, Elstar, Empire, Gravensteiner, Maigold, Idared, Summerred
mittel bis stark	Jonagold, Gloster, Champagner Reinette, Jakob Lebel
stark	Golden Delicious, Gala, Meran, Rubinette, McIntosh, Goro, Arlet